Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/795
06.11.2019

Rechtsausschuss

42. Sitzung (öffentlich)

6. November 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:35 Uhr bis 15:45 Uhr

Vorsitz: Dr. Werner Pfeil (FDP)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gespräch mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gerichtsvollzieherbundes Landesverband Nordrhein-Westfalen, Herrn Frank Neuhaus 7

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
hier: Einzelplan 04
hier: Einzelplan 16
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsband)

Vorlage 17/2332 (Erläuterungsband Einzelplan 16)
Vorlage 17/2353 (Erläuterungsband Einzelplan 04)
Vorlage 17/2420 (Zeitplan des HFA)
Vorlage 17/2587 (Ergebnisvermerk Berichterstattergespräch zu Einzelplan 04)
Vorlage 17/2589 (Beantwortung von Fragen der SPD)
Vorlage 17/2590 (Beantwortung von Fragen der AfD)

Ausschussprotokoll 17/784 (Anhörung vom 31.10.2019)

– Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt Einzelplan 16 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

Der Ausschuss stimmt Einzelplan 04 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

3 Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter **23**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7539

– keine Wortbeiträge

Sonja Bongers (SPD) beantragt die Durchführung einer Sachverständigenanhörung. Die Details zur Durchführung der Anhörung sollen in einer Obleuterunde besprochen werden.

4 Gesetz zur Reform des Hinterlegungsgesetzes **24**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7548

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, zunächst Stellungnahmen der beteiligten Verbände – bereitzustellen durch das JM – zu sichten, um im Anschluss daran in einer Obleuterunde zu entscheiden, ob eine zusätzliche schriftliche Anhörung durchgeführt werden soll.

5 Psychosoziale Prozessbegleitung **25**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/768
Vorlage 17/1864

Ausschussprotokoll 17/720 (Anhörung vom 11. September 2019)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung des Tagesordnungspunkts zurückzustellen und gegebenenfalls mit der Debatte zu einem thematisch ähnlichen Antrag der Fraktionen von CDU und FDP zu verknüpfen.

6 Ermittlungsverfahren gegen Clans bzw. Clanmitglieder *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **26**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2610

– Wortbeiträge

7 Nennung der Nationalität der Tatverdächtigen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2611

– Wortbeiträge

8 ZIK Essen – Liegen Ergebnisse der Überprüfung vor? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2612

– keine Wortbeiträge

9 Langzeitinhaftierte in Nordrhein-Westfalen? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **35**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2613

– Wortbeiträge

10 Entweichungen im Strafvollzug *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **37**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2614

– Wortbeiträge

11 Keine Einstellungen mehr bei Übergriffen gegen Beschäftigte der Justiz und Beschäftigte im öffentlichen Dienst? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2615

– Wortbeiträge

12 Weiterhin folgenlose Ankündigung von Minister Biesenbach zu Warnhinweisen auf Apps? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2616

– keine Wortbeiträge

13 Ist der verschwundene USB-Stick mit Personaldaten der JVA Euskirchen wieder da? – Stand der Ermittlungen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2617

– Wortbeiträge

14 Anwaltliche Beratungsstellen *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **41**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2618

– Wortbeiträge

15 Straffreiheit für Schwarzfahren – verpasst Minister Biesenbach eine weitere Chance Wort zu halten? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **42**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2619

– Wortbeiträge

16 „Künstliche Intelligenz im Kampf gegen Kinderpornographie" – wie ist der aktuelle Stand des vor zwei Monaten gestarteten Projektes? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2620

– Wortbeiträge

17 Auswirkungen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 18.09.2019 *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **45**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2621

– keine Wortbeiträge

18 Beabsichtigt die Landesregierung, die gezielte Aushöhlung der Funktion des Justizvollzugsbeauftragten rückgängig zu machen? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])* **46**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2622

– keine Wortbeiträge

19 Identitätsfeststellung von Gefangenen in nordrhein-westfälischen Anstalten *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **47**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2623

– Wortbeiträge

20 Unterbringung von Anwärtern der Justizvollzugsschule Nordrhein-Westfalen *(Bericht beantragt von der AfD [s. Anlage 2])* **50**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/2624

– keine Wortbeiträge

21 Elektronische Akte in der Finanzgerichtsbarkeit – wann kommt die flächendeckende Einführung? *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **51**

– keine Wortbeiträge

Die Beratung des Tagesordnungspunkts wird auf Antrag von Sven Wolf (SPD) vertagt (siehe Diskussion zu TOP 19).

22 Verschiedenes **52**

a) Siebtes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen **52**

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil teilt den Beschluss der Obleute der Fraktionen mit, sich nachrichtlich an der geplanten Sachverständigenanhörung zum Gesetzentwurf Drucksache 17/7549 zu beteiligen.

b) Beschluss über eine Ausschussreise im Mai 2020 **52**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, vom 5. bis 7. Mai 2020 eine Ausschussreise nach Den Haag und Brüssel zu unternehmen und dort unter anderem verschiedene Gremien der Europäischen Union zu besuchen.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
hier: Einzelplan 04
hier: Einzelplan 16
Drucksache 17/7800 (Ergänzungsband)

Vorlage 17/2332 (Erläuterungsband Einzelplan 16)
Vorlage 17/2353 (Erläuterungsband Einzelplan 04)
Vorlage 17/2420 (Zeitplan des HFA)
Vorlage 17/2587 (Ergebnisvermerk Berichterstattergespräch zu Einzelplan 04)
Vorlage 17/2589 (Beantwortung von Fragen der SPD)
Vorlage 17/2590 (Beantwortung von Fragen der AfD)

Ausschussprotokoll 17/784 (Anhörung vom 31.10.2019)

– Einzelberatungen sowie abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Haushalts- und Finanzausschuss

(18. September 2019: Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt.)

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Ich möchte zunächst dem Minister das Wort erteilen, damit er zum heute erschienenen Ergänzungsband in Drucksache 17/7800 Stellung nehmen kann.

Minister Peter Biesenbach (JM): Die Landesregierung hat in ihrer gestrigen Kabinettssitzung eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt beschlossen, die in Kürze eingebracht wird. Da Sie den Wunsch haben, möglichst frühzeitig informiert zu werden, möchte ich gerne etwas dazu sagen.

In dieser Ergänzungsvorlage ist haushalterisch Vorsorge dafür getroffen worden, dass wir die Empfehlungen der Expertenkommission zu Optimierungsmöglichkeiten im Justizvollzug im nächsten Jahr umsetzen können. Bisher waren dafür im Haushaltsentwurf keine Mittel vorgesehen. Mit dieser Ergänzungsvorlage soll möglichst viel von dem, was machbar ist, umgesetzt werden.

Die Veranschlagungen sind so ausgestaltet, dass keinesfalls den anstehenden Beratungen in der fraktionsübergreifenden Koordinierungsgruppe vorgegriffen wird; denn vor der Umsetzung konkreter Maßnahmen soll möglichst das Einvernehmen aller in der Koordinierungsgruppe vertretenen Fraktionen erreicht werden. Daran will und soll

auch die Ergänzungsvorlage nichts ändern. Sie soll vielmehr ermöglichen, unmittelbar finanzwirksame Maßnahmen bereits im nächsten Jahr ergreifen zu können. Folgende Positionen sind im Einzelnen vorgesehen.

Erstens: Einrichtung von zwölf Planstellen für Suizidpräventionsbeauftragte insbesondere für Psychologen und Soziologen. Die Expertenkommission hat sich in ihrem Abschlussbericht umfangreich mit der Thematik „Suizidprävention“ auseinandergesetzt. Im Kommissionsbericht werden die Bemühungen um eine Verbesserung im Justizvollzug gelobt, und dies soll mit weiteren zwölf zu etatisierenden Planstellen verstärkt werden.

Zweitens: Einrichtung von 21 Planstellen für Brandschutzbeauftragte für Mitarbeiter aus dem Allgemeinen Vollzugsdienst. Die Expertenkommission empfiehlt unabhängig von den gesetzlichen oder sich aus den Feuerschutzrichtlinien ergebenden Zuständigkeiten, in jeder Justizvollzugsanstalt einen Brandschutzbeauftragten zu bestellen, der als Bediensteter der jeweiligen Justizvollzugsanstalt angehört. Gründe für die erforderliche Zugehörigkeit zur jeweiligen Anstalt sind zum einen die Kenntnis der örtlichen und baulichen Gegebenheiten sowie der vollzuglichen Belange und zum anderen die fehlende Zuordnung zur Sphäre des BLB NRW. Denn dessen Tätigkeit als Betreiber soll ja durch den Brandschutzbeauftragten überwacht werden.

Wegen der Bedeutung der Sicherstellung des Brandschutzes in den Justizvollzugsanstalten sollte nach fachlicher Einschätzung der Empfehlung gefolgt werden, weshalb zunächst 21 Planstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes eingerichtet werden sollen.

Drittens sieht die Ergänzungsvorlage die Einrichtung einer globalen Mehrausgabe mit einem Baransatz in Höhe von rund 12,7 Millionen Euro in 2020 sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3,4 Millionen Euro für die Folgezeit vor. Dies ist eine aus meiner Sicht ganz entscheidende Maßnahme; denn zur Umsetzung der Empfehlung der Expertenkommission sind viele verschiedene Maßnahmen erforderlich, die die Brandlast in den Hafträumen reduzieren sollen.

Des Weiteren sind bauliche Maßnahmen denkbar, die in Erwägung gezogen, geprüft und geplant werden müssen, wenn wir uns in der Koordinierungsgruppe darauf verständigen. Hierfür steht uns der genannte Betrag pauschal zur Verfügung und kann entsprechend dem künftigen Ergebnis der Beratungen genutzt werden.

Insgesamt ist es der Landesregierung mit dieser Ergänzung gelungen, einen guten Entwurf des Haushalts 2020 für den Einzelplan 04 an einer ganz entscheidenden Stelle noch zu verbessern.

Nun bin ich gespannt, was die Beratungen ergeben.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Wie im letzten Jahr werde ich nun zunächst Fragen zu einzelnen Kapiteln zulassen, die der Minister dann beantworten wird. Im Anschluss daran folgen generelle Anmerkungen und die Abstimmung.

Sonja Bongers (SPD): Ich habe das entsprechende Kapitel gerade nicht zur Hand; bei meiner Frage geht es um das Haus des Jugendrechts in Münster. Dort gibt es eine

Evaluierung, und es liegt wohl ein Ratsbeschluss aus Münster vor, wie mit dieser Evaluierung umgegangen wird. Die Frage ist: Wer bezahlt diese Evaluierung? Ist das Sache der Stadt oder des Landes?

Minister Peter Biesenbach (JM): Wir haben offiziell aus Münster nichts gehört, aber ich mache auch eindeutig klar: Eine Evaluierung halten wir nicht für erforderlich. Das Haus des Jugendrechts ist in Köln lange erprobt worden, und wir haben dort gerade das zehnjährige Jubiläum gefeiert. Dort haben wir wirklich gute Erfahrungen gesammelt. Vor ein paar Wochen hieß es noch aus Bielefeld, dass die Situation toll ist. Ich erkenne daher nicht den Bedarf, in Münster evaluieren zu müssen.

Vorsitzender Dr. Werner Pfeil: Gibt es noch Fragen zu Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof? Zu Einzelplan 04 – Ministerium der Justiz? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir nun zu den generellen Anmerkungen.

Sonja Bongers (SPD): Der Glanz des Neuen ist verblasst, und zwar sehr schnell. Als wir vor zwei Jahren in dieser Runde erstmalig zu Haushaltsberatungen zusammengekommen sind, haben wir Ihnen als SPD-Fraktion mitgeteilt, dass wir den ersten Haushaltsplan, den Haushalt 2018, nicht ablehnen werden, weil er wirklich gute Dinge enthielt. Sie haben neue Stellen eingerichtet und sich absolut bemüht. Das wollen wir auch anerkennen.

Nun sind knapp zwei Jahre vergangen, und die Realität hat Sie und uns alle eingeholt. Es sind mehr Stellen offen als vor zwei Jahren. Das ist ein Problem, das man natürlich auch auf andere schieben kann – nach dem Motto: Wir finden nicht genug qualifizierten Nachwuchs. Aber es stellt sich auch die Frage, was Sie tun. Anscheinend tun Sie nicht genug, um diese Stellen zu besetzen. Dass das sehr schwierig ist, wissen wir, und das wollen wir auch gar nicht verhehlen. Aber es ist für Sie erst einmal kein gutes Zeugnis, wenn es nun mehr offene Stellen gibt als zuvor.

Auch der Deutsche Richterbund hat Ihnen bei den Anhörungen vor einigen Wochen so manches in das Zeugnis geschrieben. Im Endeffekt geht es darum, dass zum 30. Juni 2019 460 Richterstellen unbesetzt waren. Hier gilt dasselbe wie bei meinen Ausführungen zuvor: Es muss einfach mehr getan werden, um diese Stellen zu besetzen.

Sie haben dazu eine Kampagne gestartet, da muss man sich aber fragen, was diese Kampagne wert war. Was kann man verbessern, um insgesamt mehr Nachwuchs für das Land Nordrhein-Westfalen und für die Justiz zu gewinnen?

Sie haben sehr viele Ankündigungen gemacht, die teilweise auch sehr gut waren. Aber wir warten immer noch auf die Umsetzung. Ganz konkret geht es dabei zum Beispiel um nicht vollstreckte Haftbefehle. Sind immer noch 30.000 offene Haftbefehle in der Welt? – Eine Nulltoleranzstrategie sieht eigentlich ganz anders aus.

Auch die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ist so eine Sache. Sie haben sich dafür eingesetzt, können sich aber offenbar nicht durchsetzen. Die Frage ist, wie es da weitergeht.

Zudem wurde, soweit ich weiß, die Bundesratsinitiative zu den Warn-Apps noch immer nicht eingebracht.

Fehlanzeige auch bei der Stärkung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter. Wir konnten es in der letzten Plenardebatte sehen: Es gibt kein Signal, kein Zeichen von Ihnen.

Bundespolitisch verstecken Sie sich. Warum tun Sie das? Sie spielen im Moment keine Rolle, obwohl ich der Überzeugung bin, dass Sie es könnten. Nutzen Sie doch Ihr Amt aus und zeigen Stärke.

Wir könnten noch 30 oder 40 Minuten lang so weitermachen. Das wollen wir aber nicht, und ich denke, Sie haben es verstanden: Sie haben sehr viel angekündigt, leider aber nicht so viel umgesetzt. Wir wissen: Herr Minister, Sie können das. Also liefern Sie endlich.

Angela Erwin (CDU): Wir als CDU-Fraktion haben eine etwas andere Auffassung von dem vorgelegten Haushalt.

> (Sven Wolf [SPD]: Da bin ich jetzt gespannt! Frau Bongers sagt, der Minister kann es, was willst du jetzt sagen?)

– Ich sagte: „von dem vorgelegten Haushalt“. Hören Sie mir bitte genau zu.

Mit dem Haushalt für das kommende Jahr werden gezielt drei Schwerpunkte in den Blick genommen: erstens die Personal- und Finanzausstattung der gesamten Justiz, zweitens die Stärkung der Aus- und Fortbildungseinrichtungen und drittens die Digitalisierung.

Ganz entscheidend ist aus meiner Sicht die Stärkung der Ausbildung für die Justiz; denn nur so können wir die Justiz als attraktiven Arbeitgeber konkurrenzfähig machen und geeigneten Nachwuchs gewinnen, den wir auch dringend brauchen.

In der Digitalisierung gehen wir mit diesem Haushalt auch in der Justiz weiterhin voran. Das gilt nicht nur für den elektronischen Rechtsverkehr, sondern auch für einen Bereich, der uns vor allen Dingen zu Beginn des Jahres stark gefordert hat – auch emotional –: Ermittlungen im Bereich der Kinderpornografie. Hier geht es in der Justiz mit einem Forschungsprojekt zum Thema „KI und Kinderpornografie“ voran. Meiner Meinung nach ist das ein elementar wichtiges Projekt, und dem wird im Haushalt Rechnung getragen. Allein für dieses Projekt enthält der Haushalt einen Betrag in Höhe von 200.000 Euro. Es ist zwar nur ein kleines, aber unserer Ansicht nach sehr entscheidendes Rädchen im Justizhaushalt.

Auch der Justizvollzug ist Bestandteil des Justizapparats. In diesem Bereich sind ebenfalls Anstrengungen notwendig, die mit diesem Haushalt fortgeführt werden. Ich freue mich, dass wir in der kommenden Woche gemeinsam mit der Koordinierungsrunde zur Expertenkommission starten, um unseren Beitrag für weitere Anstrengungen zu leisten.

Ich bin dem Minister dankbar für die Erläuterungen zur Ergänzungsvorlage. In der Ergänzungsvorlage werden uns Mittel an die Hand gegeben, um die Maßnahmen, die

die Expertenkommission als notwendig ermittelt hat, im nächsten Jahr durchführen zu können. Dafür ein ausdrückliches Dankeschön, Herr Minister.

Abschließend: Unsere Justiz hat einen starken Rechtsstaat zu gewährleisten. Wir sind der Meinung, dass dieser Haushalt dazu beiträgt, dass sich die Justiz weiterentwickeln kann und als Motor zu einem modernen, leistungsfähigen und starken Rechtsstaat beiträgt.

(Beifall von der CDU)

Christian Mangen (FDP): Im Wesentlichen kann ich mich für die FDP-Fraktion den Worten von Frau Erwin anschließen. Sie hat wenigstes auch etwas zum Haushalt gesagt. Das habe ich bei der SPD etwas vermisst; da gab es nur so einen generellen Rundumschlag. Zu einem großen Teil ging es um Dinge, die in der Verantwortung des Bundesministeriums der Justiz liegen, also SPD-geführt sind.

Wenn ich mir den Haushalt ansehe, komme ich zu dem Schluss, dass eigentlich gerade die Themen, die kritisiert wurden, haushalterisch angegangen werden. Mittel werden verstärkt und wachsen auf – zum Beispiel bei den Themen „Nachwuchsförderung“ und „Nachwuchsgewinnung“. Wie schwierig die Gewinnung von geeignetem Nachwuchs ist, weiß die SPD auf Bundesebene selbst nur zu gut.

Man kann diesem Haushalt nur zustimmen. An allen Ecken wird angepackt, und es werden mehr Mittel zur Nachwuchsgewinnung zur Verfügung gestellt. Außerdem werden zusätzliche Stellen geschaffen.

Thomas Röckemann (AfD): Nachwuchsgewinnung, Stellenbesetzungen – da sind wir mitten im Haushalt. Dem Minister wird vorgeworfen, er schaffe es nicht, die Stellen zu besetzen, er macht aber auch gute Sachen. Das muss man auch anerkennen. Es werden neue Wege beschritten, um Nachwuchs zu generieren.

Die SPD fragt, was der Minister tut. – Er tut durchaus etwas; das ist ganz klar. Aber die Frage ist doch eigentlich: Was kann er überhaupt tun? Denn im Grunde ist es ja ein systemisches Problem. Wir suchen Nachwuchs, haben aber eine Alterskohorte, die längst nicht ausreicht, um den nötigen Nachwuchs zu generieren. So können wir zum Beispiel Richterstellen nicht besetzen; die Alterskohorte reicht einfach nicht aus. Und wenn wir die Richterstellen besetzen, fehlen Rechtsanwälte, und wenn wir Justizbeamte nachbesetzten, dann fehlen uns Rechtspfleger. Das Problem ist also systemisch.

(Sven Wolf [SPD]: Deswegen brauchen wir wahrscheinlich Zuwanderung, was?)

– Wir brauchen möglicherweise etwas weniger Zuwanderung, und wir brauchen vielleicht etwas sicherere Grenzen. Deswegen kann der Minister das auch nicht alleine schaffen. Das ist es, was ich sagen wollte. Vielleicht müsste er mit seinem Kollegen Ministerpräsidenten besprechen, dass wir vielleicht auch die Abschiebungen etwas forcieren. Dann brauchen wir auch viel weniger Leute, die auf die Leute aufpassen, die einsitzen. Das sollte man vielleicht mal systemisch anpacken. Nicht immer nur

„Wachstum, Wachstum, Wachstum“, sondern vielleicht besinnt man sich einfach mal zurück und schaut: Wer sind wir, wo sind wir, und wo wollen wir hin?

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Da hat der Kollege Höcke die Rede wohl geschrieben, was?)

Minister Peter Biesenbach (JM): Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen der SPD herzlich bedanken. Denn wenn ich jetzt mal übersetzte, was ich von Ihnen gehört habe, dann höre ich eigentlich ein dickes Lob heraus.

Ich fange mit den Dingen an, die Sie mir vorhalten. Die nicht vollstreckten Haftbefehle liegen nicht in der Zuständigkeit der Justiz. Wir schicken niemanden los, der sie vollstrecken soll. Und Sie wissen auch, warum die Zahl so hoch ist, nämlich aufgrund vieler anderer Dinge.

Zum Thema „Schwarzfahren“ und den zu den Warn-Apps: Das stimmt, aber ich habe immer deutlich gemacht, dass man dazu Mehrheiten auf der Bundesebene braucht.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Im eigenen Laden wäre es auch schon nicht schlecht!)

Sie kennen die große Debatte dazu. Aber keine Sorge: Wir haben auch Alternativvorschläge. Die brennen im Augenblick; die kommen alle noch. Auch darüber sprechen wir.

Dann sagte Frau Bongers so schön, ich würde mich bundespolitisch verstecken. – Wir haben eigentlich nie etwas Großes daraus machen wollen, aber nach der letzten Bundesratssitzung wurde ich gefragt, ob ich eigentlich wüsste, wie die angenommenen Bundesratsinitiativen sich verteilen: Wir haben 16 Bundesländer, und fast 60 % der angenommenen Bundesratsinitiativen stammen aus Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sonja Bongers [SPD]: Auch aus der Justiz?)

Ich habe also überhaupt keinen Grund, zu sagen, ich sollte mich bundespolitisch nicht so verstecken. Das ist nicht der Fall. Ich finde es gut, was wir alles getan haben. Ich leiste mir vielleicht mal den Luxus, auflisten zu lassen, was das alles ist, und dann können wir uns weiter darüber unterhalten.

Alles in allem: Wenn das Ihre Kritikpunkte sind, dann müssen wir doch eigentlich ganz gute Arbeit machen. Denn sonst wären Ihnen ja noch mehr Dinge aufgefallen; Sie passen ja akribisch auf.

(Sven Wolf [SPD]: Die offenen Stellen haben wir aber schon angesprochen!)

Von daher nehme ich das, was Sie sagen, wirklich als großes Kompliment an und sage herzlichen Dank.

Lassen Sie uns an den Ecken, an denen es knifflig ist, gemeinsam noch etwas tun. Diese Bitte richtet sich an alle hier im Raum. Wenn wir den wichtigen Kriminalitätsfeldern Herr werden wollen, müssen wir seitens der Justiz auf Bundesebene für deutlich

mehr Möglichkeiten sorgen – Herr Engstfeld und auch die Kollegen der FDP ahnen was kommt –, die Ermittlungsbehörden in die Lage versetzen, in Sachen Kommunikation mehr wahrzunehmen. Wenn wir da noch mehr Chancen bekommen, sind wir in der Lage, ganz andere Ermittlungsergebnisse zu erzielen. Wir können uns gerne auch im kleinen Kreis völlig unpolitisch darüber unterhalten, was wir dazu beitragen können. Das wäre ein guter Schritt.

Also: Vielen Dank. Die kritische Begleitung wird gerne wahrgenommen, ich danke Ihnen aber, dass Sie der Justiz im Grunde doch ein ordentliches Zeugnis ausstellen.

Der Ausschuss stimmt Einzelplan 16 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

Der Ausschuss stimmt Einzelplan 04 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.